

Kommunal- und Verwaltungsreform

Liebe Bürgerinnen und Bürger Wackernheims,

Die Auswirkungen und Folgen der Kommunal- und Verwaltungsreform des Landes werden seit vier Jahren in verschiedensten Formen im Ort diskutiert. Inzwischen werden Gerüchte, Parolen und Halbwahrheiten von einzelnen Gruppierungen gestreut, die Bürgerinnen und Bürger mehr und mehr verunsichern.

Vom richtigen Zeitpunkt

Den richtigen Zeitpunkt in Entscheidungsprozessen abzapassen, ist auch in der Kommunalpolitik wichtig. Bürgerbefragungen machen dann Sinn, wenn Grundlagen eindeutig und Sachverhalte klar sind.

Mit dem Umdenken in Ingelheim und dem Stadtratsbeschluss vom 01.07.2013 wurde die Option einer Eingemeindung in 2019, die das Landesgesetz nicht vorsieht, möglich.

Der Ortsgemeinderat hat in der Sitzung am 22.08.2013 die Stellungnahme der Ortsgemeinde zum Gesetzesentwurf über die Bildung einer Verbandsgemeinde Budenheim mit den Stimmen der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, der Bürgerliste und der FWG verabschiedet.

Die weitere Vorgehensweise in Wackernheim wurde in einem gemeinsamen Antrag der o. g. Fraktionen und Gruppierungen gefasst und sieht folgende Eckpunkte vor:

- ▶ Antrag auf Aufschiebung des Gesetzesentwurfes vom 14.06.2013 bis 2019.
- ▶ Führung ergebnisoffener Verhandlungen mit der Stadt Ingelheim über die Möglichkeiten einer Eingemeindung.
- ▶ Rahmenbedingungen des Kriterienkatalogs für die Verhandlungen mit der Stadt Ingelheim bis mindestens drei Monate vor Verhandlungsbeginn im Rat zusammenzustellen und nach der Wichtigkeit zu ordnen.
- ▶ Weiterhin das Gespräch mit der Gemeinde Budenheim zu suchen hinsichtlich der eventuellen Auswirkungen des Gesetzesentwurfes,
- ▶ Bürgerbeteiligung im Rahmen der Dorfmoderation.
- ▶ Einrichtung einer eigenen Arbeitsgruppe „Kommunalreform“ für interessierte Bürger unter der Leitung der neutralen Moderatorin

- ▶ Offene Diskussion der Vor- und Nachteile einer Eingemeindung / Eigenständigkeit / Selbstverwaltung / große Verbandsgemeinde
- ▶ Definition der möglichen Kriterien in einem Eingemeindungsvertrag
- ▶ Erarbeiten eines Prozesses zur weiteren umfassenden Beteiligung der Bevölkerung
- ▶ Bürgerbefragung

Vom achtsamen Umgang miteinander

Wir bedauern die Vorgehensweise der SPD-Fraktion, die in der letzten Ratssitzung deutlich wurde. Von der anfänglich konstruktiven und sachlichen Zusammenarbeit in der Arbeitsgruppe Gebietsreform ist nichts übrig geblieben – die SPD hat sich vom Dialog abgewandt. Sie verweigert eine Mitarbeit an dieser für uns alle zukunftsweisenden Aufgabe. Selbst eine eigene Stellungnahme der Ortsgemeinde über den Gesetzesentwurf wurde abgelehnt, die weitreichende Bürgerbeteiligung und eine Bürgerbefragung beinhaltet. Das Thema Kommunal- und Verwaltungsreform wird nicht mehr sachlich diskutiert sondern emotional geschürt. Die Bürgermeisterin wird seitens des Fraktionssprechers der SPD persönlich diffamiert und ihre Neutralität abgesprochen.

Die Zukunft unserer Gemeinde ist zu wichtig um den Weg des sachlichen und zielgerichteten Vorgehens zu verlassen.

Wir werden weiterhin den achtsamen Umgang pflegen und bauen auf Dialogbereitschaft aller Fraktionen und aller Bürgerinnen und Bürger.